



Mike Josef vor Frankfurts Bankentürmen (links) und in der Kleinmarkthalle (unten). Im Bahnhofsviertel hat er eine Waffenverbotszone durchgesetzt.

Josefs Stadt

Oberbürgermeister Mike Josef gilt als bescheiden, fleißig und unauffällig. Doch seine Pläne sind ambitioniert. Beschränken sie sich auf Frankfurt?

Von Timo Steppat, Frankfurt
Fotos Frank Röth

Manchmal kann man Mike Josef beim Verschwinden zuschauen. An einem verregneten Dienstag steht er zur Mittagszeit in der Frankfurter Kleinmarkthalle, wo sich Feinkoststand an Imbiss reiht. Die Menschen, die sich durch die Halle schieben, beachten ihn nicht. Womöglich erkennen sie ihren Oberbürgermeister nicht, womöglich nehmen sie ihn bloß nicht wahr. Nur ein Gastronom klagt ihm sein Leid: steigende Einkaufspreise, weniger Kunden, umfangreiche Nachweispflichten. Der Mann redet minutenlang, aber hat kein konkretes Anliegen. Fast wirkt es, als würde er vergessen, mit wem er spricht. Dann merkt er, dass er gerade den Oberbürgermeister aufhält – Josef war auf dem Weg zum Mittagessen. Er entschuldigt sich, Josef winkt ab.

Mike Josef ist klein, schmal und unauffällig. Manchmal, wenn er auf eine Veranstaltung kommt oder einen Raum betritt, so sagt es ein Weggefährte, werde er erst gar nicht bemerkt. Bis es irgendwann heißt: Ach, Herr Oberbürgermeister! Er tritt zurückhaltend auf und demonstrativ bescheiden. Zu seinem politischen Lebenslauf scheint das nicht zu passen: mit 30 Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes, wenige Jahre später hauptamtlicher Baudezernent von Frankfurt und mit gerade einmal 40 Jahren schon Oberbürgermeister.

Josef gewann die Wahl, obwohl sein damaliger Parteifreund Peter Feldmann sich als Stadtoberrhaupt so unbeliebt machte, dass die Frankfurter ihn zuvor per Bürgerentscheid abwählten. Ein einmaliger Vorgang. Josef gelang es erst, sich als SPD-Kandidat Respekt zu verschaffen, nach seiner Wahl versöhnte er die Frankfurter mit dem Amt. Manche Konflikte, die unter Feldmann jahrelang schwelten, packte er an, etwa den Umgang mit Drogenkriminalität im Bahnhofsviertel. Fast immer wählte er dafür den leisen Weg. In der hessischen SPD, die arm an Talenten ist, gilt Josef als stiller Riese. Manche in der Partei halten ihn für einen guten Ministerpräsidenten. Immerhin ist er einer der wenigen profilierten Sozialdemokraten im Land, die schon mal eine Wahl gewonnen haben. Mike Josef selbst wirkt seltsam unberührt von diesen Spekulationen. Ob sie ihn wirklich nicht interessieren oder ob er nur sein bescheidenes Image pflegen will, ist schwer zu sagen.

Der Spaziergang mit der F.A.Z., der Mike Josef an diesem Regentag in die Kleinmarkthalle führt, beginnt morgens am Rande der Taunusanlage. Es ist ein Park, den Frankfurter kennen, aber kaum wahrnehmen. Früher, in den Neunzigern, war die Anlage ein Treffpunkt für Junkies, heute ist sie nicht mehr als die Wegstrecke zwischen dem Bahnhofsviertel und den Bankentürmen. Selbst im Sommer sieht man selten jemanden auf den Bänken sitzen oder gar auf einer Decke liegen. Mike Josef will, dass die Taunusanlage zu „unserem kleinen Central Park“ wird. Als er den ungläubigen Blick seines Gegenübers bemerkt, sagt er: „Wo gibt es denn in Deutschland so viel Grün direkt neben Hochhäusern?“ Er deutet auf die geschlossenen Fassaden, deutlich abgegrenzt vom Park. Dort sollen Cafés, Terrassen und Geschäfte entstehen. In das neue Hochhaus, Central Business Tower genannt, soll nicht nur die Commerzbank einziehen – ins Erdgeschoss kommt das Museum der Weltkulturen. Dazu ein Freiluft-Co-Working-Space. Auch der

Park soll sich verändern. „Wir brauchen Basketballkörbe, Spielplätze, vielleicht einen Soccer-Court. Die Taunusanlage wird vom Transit- zum Aufenthaltsbereich“, sagt Josef. Das soll sich auch positiv auf das Bahnhofsviertel auswirken, Stichwort soziale Kontrolle.

Genau hier, an der Taunusanlage mitten in der Stadt, soll bis Ende der Dreißigerjahre das ambitionierteste Bauprojekt der Stadt entstehen. Oper und Schauspielhaus, beide auffällig, sollen abgerissen und neu gebaut werden: die Oper am Willy-Brandt-Platz, das Schauspiel ein paar Hundert Meter weiter im Bankenviertel. Während andere Städte darum ringen, überhaupt einen Haushalt aufstellen zu können, wagt sich Frankfurt an ein Prestigeprojekt, in das mehr als eine Milliarde Euro fließen sollen. Diese Stadt, die in Sachen Größe und Bedeutung immer hinter Berlin, Hamburg und München rangierte, will einen ganz großen Wurf machen – dem eigenen Selbstverständnis als Weltstadt entsprechen.

Josef geht dabei ins Risiko: Im Fall einer Wiederwahl dürfte seine gesamte Amtszeit von Bau und Planung begleitet sein und Meldungen darüber, dass Kosten steigen und sich die Bauabschnitte verzögern. Was, wenn die Gewerbesteuerentnahmen sinken, die Frankfurt ein solches Projekt ermöglichen? In langen Verhandlungen hat Josef gemeinsam mit der Kulturdezernentin auch die oppositionelle CDU für den Bau der „Kulturmeile“ an Bord geholt. Scheitert das Projekt, ist es Josefs Scheitern. Sein Image als bescheiden und fleißig wäre dahin. Gelingt es, baut er sich hingegen ein Denkmal. Als Baudezernent ist ihm das schon mit dem sogenannten Stadtteil der Quartiere gelungen, 7000 neue Wohnungen im Nordwesten der Stadt. In Frankfurt spricht man von der „Josefsstadt“.



Begrüßung durch einen Passanten: Josef am Paulsplatz

Im März finden Kommunalwahlen in Frankfurt statt. Nicht Josef steht zur Wahl, sondern die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Für sie wäre es naheliegend, den Neubau von Oper und Schauspiel gegen Projekte auszuspielen, für die das Geld fehlt. Noch vor ein paar Jahren drehte sich ein Wahlkampf in Frankfurt um verdrehte und baufällige Schult toilets. Sie seien einer so reichen Stadt wie Frankfurt nicht würdig, hieß es damals. Josef betont deshalb wohl auch, dass in seiner sechsjährigen Amtszeit eine zusätzliche Milliarde in Schulbauten fließen soll. Die Situation hat sich bereits verbessert. In einer Zeit, in der Schwimmbäder anderswo schließen, wurde in Frankfurt eines neu eröffnet, ein weiteres wird gerade gebaut. Im vergangenen Jahr verging kaum ein Monat, in dem Josef nicht eine neue Sportstätte eröffnen konnte. Als Oberbürgermeister nahm er sich die Zuständigkeit für den Sport, die mit dem Überbringen guter Nachrichten und mit schönen Bildern verbunden ist. Hier bewies der unauffällige Josef einmal mehr politischen Instinkt.

Er steht jetzt vor der Euro-Skulptur, dem aus den Nachrichten bekannten blauen „E“ mit den gelben Sternen, Symbol der wirtschaftlichen Stärke der Stadt. Gemessen an der Einwohnerzahl hat Frankfurt die höchsten Gewerbesteuerentnahmen bundesweit. Nur wenn die Wirtschaft stark sei, könne man mehr für den sozialen Zusammenhalt tun, so Josef – und das sage er auch an seine eigene Partei gerichtet. Josef harrt mit dem Auftreten der SPD in der Bundesregierung. Was er im Gespräch sagt, will er nicht in der Zeitung lesen.

Er selbst verkörpert wie wenige andere den sozialdemokratischen Aufstiegsge-

denken: Als Sohn syrischer Flüchtlinge kam er nach Ulm, ging zur Hauptschule, schaffte das Fachabitur, kam zum Studium nach Frankfurt, wurde Gewerkschaftssekretär und letztlich Oberbürgermeister. Ein Sozialdemokrat beschreibt Josef als „geländegängig“: Er könne sich praktisch jedem Milieu anpassen. In Frankfurt wird er in den Stadtteilen geschätzt, weil er sich viel zeigt und pragmatische Ansätze vertritt. Er selbst spricht davon, dass die SPD wieder anschlussfähig in allen Bevölkerungsschichten werden müsse – für den Manager ebenso wie die Kassiererin.

Auf seinen hessischen Landesverband blickt Josef mit gemischten Gefühlen. Dass die SPD nach einem Vierteljahrhundert in der Opposition wieder regiert, hält er für den richtigen Schritt. Nur merke man, dass die CDU, die seit 2000 den Ministerpräsidenten stellt, unter anderen Voraussetzungen agiere. „Meine Partei muss ein klares Profil zeigen. In manchen Konflikten wünsche ich mir schon, dass sie härter verhandelt und standhaft bleibt“, sagt Josef. Als Beispiel nennt er den Hochschulpakt, der die Frankfurter Hochschulen hart treffe. Mit dem Vorgehen des SPD-Wissenschaftsministers Timo Gremmels, der die Sparvorgaben widerstandslos durchsetzte, war Josef nicht zufrieden. „Man kann in der Politik nicht immer gewinnen, aber die Menschen wollen sehen, dass man für die Sache auch gegen Widerstände einsteht“, sagt Josef.

Im Ringen um den richtigen Umgang mit dem Bahnhofsviertel ging Josef selbst eine Konfrontation zur eigenen Partei und den Grünen ein, mit denen er regiert. Zehn Jahre ist es her, dass die „New York Times“ ihren Lesern einen Abstecher in den Rotlichtbezirk mit coolen Bars und Restaurants empfahl. Die Gegend schien im Kommen, Eigentumswohnungen wurden saniert. Spätestens seit der Pandemie nahm die Drogenkriminalität, die immer zum Bahnhofsviertel gehörte, ebenso zu wie die Verelendung der Abhängigen. Ein Teil des Problems war, dass Anwohner, Barbesucher und Touristen zu Hause blieben. Die soziale Kontrolle, die dadurch für die Abhängigen und die Obdachlosen wegfiel, ist bis heute nicht so recht wieder hergestellt.

Das Land Hessen forderte von der Stadt die Einführung einer Videoüberwachung und Waffenverbotszonen, aber das mehrheitlich linke Bündnis in der Stadtverordnetenversammlung aus Grünen, SPD, FDP und Volt konnte sich darauf nicht einigen. Obwohl es in den eigenen Reihen Widerstand gab – beide Maßnahmen wurden für wenig zielführend erachtet –, fand Josef einen Weg, sie als Oberbürgermeister selbst durchzusetzen. Sein Argument lautete, dass man beides zumindest ausprobieren müsse. Die Entwicklung gibt Josef recht. Die Zahl der Messerattacken ist gesunken. Das gehe nicht allein, aber auch auf die Waffenverbotszone zurück, sagt der Oberbürgermeister. Und die Videoüberwachung soll bei der Aufklärung vieler Fälle geholfen haben. Das Verhältnis des Oberbürgermeisters zur Polizei, die mit viel mehr Kräften unterwegs ist als noch vor wenigen Jahren, ist dem Vernehmen nach inzwischen blendend.

Gelöst sind die Probleme des Bahnhofsviertels damit nicht. Die Zahl der Crack-Abhängigen ist weiterhin hoch. Anders als bei Heroin gibt es für die Drogen keinen Ersatzstoff. Trotzdem sollte

ein neues Suchthilfezentrum mit Konsumräumen für Crack entstehen. Die Entscheidung darüber ließ das Bündnis im Stadtrat, das schon lange unter Spannung stand, zerbrechen. Die FDP wollte die Entscheidung nicht mittragen. Die Einrichtung wurde dann mit den Stimmen der Linken beschlossen. Josef spricht von einem „ersten Schritt“. Er will eine Mischung aus „Prävention und Repression“. „Auch wenn es nicht immer gelingen wird, muss das Ziel der Ausstieg aus dem Drogensumpf sein“, sagt Josef. Die Aussage steht im Kontrast zum Kurs der Gesundheitsdezernentin Eva Voil von den Grünen, die sich deutlich von der „Repression“ und dem Ausstiegsgedanken abgrenzt.

In solchen Auseinandersetzungen zeigt sich die besondere Stellung des Oberbürgermeisters in der Hessischen Gemeindeordnung. Er verfügt, anders als seine Amtskollegen in München oder Köln, nicht über das letzte Wort, eine Form der Richtlinienkompetenz. Josef hat lediglich die Möglichkeit, den Zchnitt der Dezernate zu verändern. Eine Karte, die man nicht allzu oft ziehen kann. Die Schwäche des Stadtoberrhaupts belastet die Frankfurter Politik. Im Falle des Bahnhofsviertels weiß sich Josef im Einklang mit einer deutlichen Mehrheit der Stadtgesellschaft, die schockiert auf die Verwahrlosung im Bahnhofsviertel blickt. Die Themen Sicherheit und Sauberkeit hält er für entscheidend, an ihnen beweise sich die „Handlungsfähigkeit von Politik“.

Inzwischen ist es Mittag geworden. Mike Josef steht in der U4 Richtung Römer, wie das Rathaus von Frankfurt genannt wird, und spricht über den Charakter seiner Stadt. Er hat fast etwas Schwärmerisches. „Frankfurt hatte nie einen Fürsten oder König. Wir waren immer die Reichsstadt, die über eine stolze Bürgerschaft mit Gestaltungswillen verfügt. Das unterscheidet uns von München oder Köln“, sagt er. 750 Stiftungen gibt es, die sich irgendwie um das Wohl der Stadt bemühen. Dieser Bürgersinn macht es Josef nicht immer leicht – alle wollen mitreden. Der Ton ist oft hart, fast unversöhnlich. Die Debatten um die Hochhausbebauung, die in Berlin jetzt erst beginnt, wurden in Frankfurt schon in den Achtzigern geführt. Die Befürworter setzten sich durch – seitdem ist die Stadt geeint. Laut Josef eine beispielhafte Auseinandersetzung. „Frankfurt ist eine Stadt der Veränderung“, sagt er. Über Jahrhunderte habe die Stadtgesellschaft gemerkt, dass daraus Positives erwachse.

Er selbst empfinde Heimatgefühle, wenn er mit dem Zug über den Main fahre und die Silhouette der Stadt sehe. Für viele ist Frankfurt erst eine Station im Lebenslauf, ob durch die Arbeit oder wie im Falle Josefs das Studium, wird aber zur Heimat. Umso mehr merkt man, wie viel es ihm bedeutet, Oberbürgermeister die-

ser Stadt zu sein. Als Josef vorbei am Rathaus und Richtung Kleinmarkthalle schlendert, erzählt er davon, wie seine Vorgängerin Petra Roth einmal mit einer Delegation des Ministerpräsidenten in New York war. Hessen sei dort niemandem ein Begriff gewesen. „Aber Frankfurt? Toller Flughafen, coole Stadt, hieß es gleich.“

Die Konkurrenz zwischen Stadt und Land gibt es schon immer. In der Staatskanzlei blickt man aufmerksam auf die Ambitionen des jungen Oberbürgermeisters. Vielleicht auch, weil Boris Rhein von der CDU einst als Kandidat bei der Wahl scheiterte. Josef klagt darüber, dass Frankfurt ab 2027 eine Milliarde in den kommunalen Finanzausgleich in Hessen zahle. „Auch unsere Solidarität hat Grenzen“, sagt er. Es sei eine Grenze des Zumutbaren erreicht. „Frankfurt könnte gut ohne Hessen auskommen, aber Hessen nicht ohne Frankfurt. Das sollte man sich in der Landeshauptstadt vor Augen führen.“ Josef, inzwischen in der Kleinmarkthalle angekommen, schlägt mit der Faust auf den Tresen, an dem er gerade steht. Ob ehrliche Wut oder Pose – Josef weiß, dass Angriffe gegen Wiesbaden, die deutlich kleinere und immer als langweilig verschriene Landeshauptstadt, in Frankfurt immer gut ankommen.

Wenn sich der Streit auf die eigene Stadt begrenzt, muss Josef mit mehr Bedacht vorgehen. Bei seinem Vorgänger Peter Feldmann konnte er sehen, wie es nicht geht: Im permanenten Clinch mit den Dezernenten und den Fraktionen im Römer schien die Stadt im Streit zu erstarren. Feldmann, der zehn Jahre regierte und einmal im Amt bestätigt wurde, stolperte über den Vorwurf der Vorteilsnahme – seine Frau soll von der Arbeiterwohlfahrt überbezahlt worden sein. Ein Gericht verurteilte Feldmann in der Sache. Josefs ausgestellte Bescheidenheit, sein strategisches Agieren: Das ist auch die Lehre aus all dem. Die Stadt wollte einen Anti-Feldmann. Seit seiner Wahl füllt Josef diese Rolle aus; sie passt zu ihm.

Josef schmeichelt durchaus, dass ihm mancher für berufen hält, höhere Ämter anzustreben. Im Gespräch mit der F.A.Z. schließt er eine Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl 2028 für die SPD dennoch aus. „Mein Platz ist in Frankfurt“, sagt er. „Vom Ebenen-Hopping, mal in der Kommune, mal im Bundestag oder Landtag, davon halte ich wenig.“ Erst die Kontinuität führe dazu, dass man als Oberbürgermeister wirklich etwas bewegen könne. Das kann man als abermaligen Beweis seines Fleißes und seiner Bescheidenheit lesen. Man kann es aber auch anders betrachten: Josef hat noch einige Jahre als Oberbürgermeister vor sich, noch viele Großbauprojekte geplant, und schon heute trägt ein Stadtviertel seinen Namen. Selbst nach zwei Amtszeiten wäre er erst um die 50 Jahre alt. Verschwinden wird er so schnell nicht.